

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans Böhler MdB zu den jüngsten Kohl-Ausführungen über die DDR: Absicht, die Entspannung zu beenden.
Seite 1

Fritz Gautier MdEP zu den Protektionsmaßnahmen Washingtons: US-Sonderzölle notfalls mit Gegenmaßnahmen beantworten.
Seite 3

Kurt Vogelsang MdB zur Lesekultur in der Bundesrepublik: Der Deutsche Bundestag ist in der Pflicht.
Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB zum Kundendienst-Angebot der Deutschen Bundesbahn: Flotte Sprüche reichen nicht.
Seite 5

Dokumentation
Die Liberalen Demokraten haben dazu aufgerufen, am 25. Januar die SPD zu wählen. Der Wahlaufufruf im Wortlaut auf
Seite 6

42. Jahrgang / 2

5. Januar 1987

Absicht, die Entspannung zu beenden

Zu den jüngsten Kohl-Äußerungen über die DDR

Von Hans Böhler MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Mit den jüngsten Äußerungen Helmut Kohls über die DDR setzt der Bundeskanzler seine unverantwortliche Politik, die wegen einiger ultrarechter Wählerstimmen die Entspannung gefährdet, fort. Die Zusammenschau verschiedener Äußerungen aus dem Unionslager läßt aber auch dramatischere Schlüsse zu.

Die CSU verlangt unmißverständlich das Ende der Entspannung. Helmut Kohl tut alles, um diesen Willen zu vollstrecken. Seine Bekenntnisse zu einem guten Verhältnis zur Sowjetunion und zur DDR können nur noch als Wählerbetrug gewertet werden.

Die Ausfälle gegen die DDR und die Sowjetunion haben offensichtlich Methode. Sie verbinden sich mit der unglaublichen Debatte um ein anderes Geschichtsbewußtsein, der Absicht, Täter und Opfer des Dritten Reiches gleichermaßen zu ehren, dem Bitburg-Spektakel, Kohls Auftritten bei den Vertriebenen und der Bremserrolle der Union bei der Abrüstung zu einer deutlichen politischen Strategie.

Gorbatschow wird mit Goebbels gleichgesetzt, die DDR wird beschuldigt, KZ's zu betreiben, die Grenzen in Europa werden in Frage gestellt, der Zweite Weltkrieg gerät Alfred Dregger zur Verteidigungsanstrengung gegen die Sowjetunion, die Münchner Konferenz von 1938, die Hitler den Rücken freimachte zur Annektierung von Teilen der CSSR wird mit den gescheiterten Absichten von Reykjavik in einem Atemzug genannt, die einmaligen Verbrechen Hitler-Deutschlands, dessen industriell durchorganisierter Völkermord, werden von konservativen Historikern verniedlicht und die Nulllösung, die Abrüstung der Mittelstreckenraketen in Europa wird plötzlich umstritten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bazug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Zeitung des Bundes
zu erhalten bei
Registrierung



Offenbar soll die Bundesrepublik lernen, die moralischen Begrenzungen, die wir selbst aus der Vergangenheit gezogen haben, abzuschütteln. Das Feindbild „Kommunismus“ soll stattdessen benutzt werden, alte Selbstgerechtigkeiten wieder herzustellen. Die logische Folge ist Aufrüstung statt Entspannung. Auch die weitere Unterstützung des Regimes in Südafrika paßt in dieses Bild.

Wie soll eine so gewendete Bundesrepublik für Ausgleich und Frieden in Europa wirken können, oder gar auf eine Friedensordnung hinarbeiten können, die „den trennenden Charakter der Grenzen für die Menschen überwindet“ (Bundespräsident von Weizsäcker)?

Wie soll so den konkreten Opfern kommunistischer Politik wirksam geholfen werden? Das Eintreten für Menschenrechte und die Kritik an der DDR wird in einer Weise für den CDU-Wahlkampf instrumentalisiert, daß die nötige Hilfe möglicherweise über den Wahlkampf hinaus gefährdet wird. Weil die Kritik überzogen ist, wird sie unglaubwürdig. Die Kritisierten werden sie als nicht sachgerecht empfinden und eher eine Belastung der Beziehungen feststellen, als mit weiteren menschlichen Erleichterungen zu reagieren. Kohl hilft keinem einzigen politischen Häftling und keinem Ausreisewilligen. Stattdessen wird der Weg, von Hitler verspieltes Vertrauen bei unseren Nachbarvölkern zurückzugewinnen, abrupt abgebrochen.

Denjenigen in den kommunistischen Führungen, die selbst lieber in Kategorien des Kalten Krieges denken, die Mißtrauen gegenüber den Deutschen schon immer benutzt haben, um die Menschen in ihrem Herrschaftsbereich besser disziplinieren und unter Kontrolle halten zu können, denen die neue Offenheit der Sowjetunion unter Gorbatschow nicht paßt - weder friedenspolitisch noch gegenüber den Kritikern im eigenen Land - wird skrupellos in die Hände gespielt.

Der Grundlagenvertrag mit der DDR definiert als Ziel die Entwicklung guter Nachbarschaft. Kohl reduziert dies auf eine vage Notwendigkeit, mit der DDR-Führung reden zu müssen. Zugleich denunziert er diejenigen, die selbst in den KZ's und Zuchthäusern der Nazis gesessen haben, sie würden KZ's unterhalten und zerstört damit seine Dialogfähigkeit.

Arbeitslager, der Mißbrauch der Psychiatrie, die Praxis politische Kritiker in Haft zu nehmen, die - nach unseren Kriterien - unfairen Gerichtsverfahren, die Todesschüsse an Mauer und Stacheldraht und Afghanistan machen es sicher nicht leicht, die nötigen Unterscheidungen zu treffen. Manchen war die fällige Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in der DDR und der Sowjetunion nicht scharf genug. Aber Konzentrationslager mit dem Ziel der Ausrottung anderer Völker kann man den Kommunisten nicht unterschieben.

Gorbatschow ist nicht Stalin, Honecker ist nicht Ulbricht. Dadurch werden die politischen Systeme in der Sowjetunion und der DDR und ihre Menschenrechtsverletzungen nicht lobenswert. Aber die Bewegung, die dort stattfindet, macht die alten Feindbilder zu falschen Bildern.

Hans-Jochen Vogels Vergleich, der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen sei gemessen an Kohl eine Ballerina, ist noch wohlwollend. Denn bis zum Beweis des Gegenteils mag ein Demokrat dem anderen nicht soviel Skrupellosigkeit unterstellen. Aber ist es noch Ungeschicklichkeit, die Helmut Kohl treibt oder nicht vielmehr die Absicht, das Ende der Entspannung herbeizuführen?

(-/5.1.1987/rs/ks)

* * *



US-Sonderzölle notfalls mit Gegenmaßnahmen beantworten

Die Protektionsmaßnahmen Washingtons können nicht einfach hingenommen werden

Von Fritz Gautier MdEP
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Europaabgeordneten

Seit dem 1. Januar 1986 schwelt der Konflikt mit den USA über die handelspolitischen Konsequenzen der Südenweiterung der EG. Der Beitritt von Spanien und Portugal zur Zollunion EG hatte zur Folge, daß die Beitrittsländer ihr System der Agrar- und Industrieimporte dem der EG anpassen mußten. Bis dahin hatten die Spanier für Mais und Hirse einen GATT-konsolidierten Festzollsatz, der nach der Erweiterung durch das EG-System der variablen Abschöpfung zwischen Weltmarktpreis und EG-Preis ersetzt wurde. Hierdurch wurden unstrittig die amerikanischen Exporte nach Spanien behindert. Aber zugleich wurde der durchschnittliche Zollsatz für Industrieprodukte in Spanien als Folge des Beitritts zur EG drastisch gesenkt.

Die Amerikaner verlangten nun Ausgleich für die Nachteile, die sie im Agrarhandel erlitten. Die EG hingegen, völlig GATT-konform, wollte nur über eine Gesamtlösung, Industrie plus Landwirtschaft, verhandeln. Da bis Juni 1986 keine Einigung erzielt werden konnte, wurde das Problem weiter vertagt, wobei die EG sich bereit erklärt hatte, bis zum Jahresende 1986 eine reduzierte Abschöpfung für amerikanisches Mais und Hirse anzuwenden.

Mit der Entscheidung des US-Präsidenten vom 30. Dezember 1986, die Importzölle für Wein, Käse, Schinken, Cognac, Gin und Karotten aus der EG auf bis zu 200 Prozent zu erhöhen, droht der Konflikt weiter zu eskalieren. Präsident Reagan, innenpolitisch mit dem Rücken an der Wand, hat wieder einmal die guten Absichtserklärungen der GATT-Eröffnungskonferenz von Punta del Este vergessen.

Die Europäische Gemeinschaft kann diesen Beschluß der USA nicht tatenlos hinnehmen. Die EG-Kommission sollte jetzt beschließen, als Gegenmaßnahme Importquoten für Corn gluten (Maiskleber) festzulegen, die parallel mit den amerikanischen Maßnahmen in Kraft treten. Über eine Begrenzung der Corn gluten-Importe wird mit den USA im Rahmen des GATT schon über ein Jahr ohne Ergebnisse verhandelt. Eine Begrenzung der Corn gluten-Importe würde den EG-Futtergetreidemarkt entlasten. Außerdem subventionieren die Amerikaner die Herstellung von Corn gluten erheblich, wie selbst das US-Landwirtschaftsministerium in einer jüngsten Studie feststellt. (Fuel Ethanol and Agriculture: An Economic Assessment; US-Department of Agriculture, Agricultural Economic Report Number 562).

Wir Sozialdemokraten werden über die protektionistischen Maßnahmen der USA im Agrarbereich, aber auch über die im Werkzeugmaschinenbau, eine dringliche Debatte für die Januar-Sitzung des Europäischen Parlaments beantragen.

(-/5.1.1987/rs/ks)

* * *



Die Lesekultur steht auf der Tagesordnung

Der Deutsche Bundestag ist in der Pflicht

Von Kurt Vogelsang MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

„Lesen ist der Schlüssel zur Kultur und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Leseförderung ist deshalb eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die einer besonderen Pflege und Förderung bedarf. Auch die Kultur- und Bildungspolitik muß sich zum Ziel setzen, die Freude am Lesen zu wecken und zur Beschäftigung mit Literatur, mit wissenschaftlichen oder auch mit unterhaltenden Texten anzuregen.“

Mit diesen einsichtigen und richtigen Sätzen beginnt die Bundesregierung ihre Antwort auf die Große Anfrage der SPD zum Leseverhalten und zur Lesekultur in der Bundesrepublik Deutschland.

Dem werden, so denke ich, alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zustimmen. Das wird auch im neuen Bundestag nicht anders sein.

Diese Übereinstimmung ist eine gute Grundlage für den 11. Deutschen Bundestag, sich ausführlich mit der Thematik zu beschäftigen und in der Sache etwas zu bewegen.

Denn daß etwas bewegt werden muß, geht ebenfalls aus der Antwort der Bundesregierung hervor. Die hehren Grundsätze bleiben nämlich bisher weitestgehend ohne solides Fundament.

Allzu häufig gibt es „keine hinreichend gesicherte Erkenntnisse“, „können noch keine zuverlässige Angaben gemacht werden“ oder Aspekte des Leseverhaltens waren „bislang nicht so häufig Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen“.

Unser Wissen über den „Schlüssel zur Kultur“ ist offensichtlich noch zu mager. Das darf nicht so bleiben. Der 11. Deutsche Bundestag und die neue Bundesregierung werden in der Pflicht sein, eklatante Wissenslücken zu schließen. Vielleicht gelingt es, sich um die Lesekultur in der Bundesrepublik Deutschland verdient zu machen.

(-/5.1.1987/rs/ks)

* * *



Bahn muß Engagement für Kundenbedürfnisse steigern

Flotte Sprüche reichen nicht - das Angebot muß stimmen

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Deutsche Bundesbahn sieht sich selbst nicht als staatliche Abfertigungsbehörde, sondern als modernes Dienstleistungsunternehmen. Auch das oberste Bahnmanagement versucht, dies verbal immer wieder umzusetzen.

In der Realität hapert es noch häufig mit diesem Anspruch. Der Bundesverkehrsminister hat im Bundestag zum Fahrradtransport erklärt: „Fahrräder werden dabei grundsätzlich zusammen mit den anderen als Reisegepäck aufgegebenen Gegenständen in den Gepäckwagen der Reisezüge befördert... Als Beitrag des Reisenden zur Vermeidung von Transportschäden wird gefordert, daß die Gegenstände in einer für die Beförderung als Reisegepäck geeigneten Weise verpackt sind. Fahrräder ohne Verpackung sind sehr anfällig für Belastungen durch Stoß und Druck... Die Deutsche Bundesbahn nimmt zwar auch unverpackte Fahrräder zur Beförderung an, doch ist damit ein Ausschluß der Haftung verbunden für die Schäden, die aus der mit dem Fehlen einer Verpackung verbundenen Gefahr entstehen können.“

Da ist sie nun wieder in Reinkultur: die staatliche Abfertigungsbehörde, die gnädigst einen Transportauftrag annimmt - aber nur wenn der Kunde die von der Bahn vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt. Aber ernsthaft - es ist schon erstaunlich, daß ein Management, welches sich zugute hält, zumindest frischen Wind in die Marketing- und Werbeaussagen gebracht zu haben, so kläglich versagt, wenn es darum geht, ein kunden- und bahnfrendliches Produkt anzubieten.

Bevor man einen potentiellen Bahnkunden mit weltfremden Forderungen abschreckt und damit alte Vorurteile gegenüber dem unbeweglichen Behördenapparat Bahn wieder zum Leben erweckt, sollte man einfach einen Arbeiter zum Beispiel in einem Bahnausbesserungswerk befragen, auf welchem Weg man am schnellsten simple Fahrradhalterungen in einem Gepäckwagen installiert. Er wüßte eine praktische Lösung.

Merke: Flotte Sprüche wirken nur dann überzeugend, wenn das Angebot auch stimmt.

(-/5.1.1987/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION**Liberalen Demokraten zur Bundestagswahl: Die SPD wählen!**

Der Bundesvorstand der Liberalen Demokraten hat zur Wahl der SPD aufgerufen. Diese Partei, deren Ehrenvorsitzender der Alt-Liberale Dr. h.c. William Borm ist, hatte sich aus Protest gegen den Koalitionsbruch der FDP 1982 gebildet. Wir dokumentieren den Wortlaut des Aufrufs.

Die Liberalen Demokraten (LD) fürchten um Grundrechte und Rechtsstaat, wenn Kohl/Strauß/Engelhard an der Macht bleiben oder gar noch gestärkt werden. Es gibt keinen liberalen Wächter mehr.

Vieles, was nach 1945 erreicht wurde, gerät durch die Politik der konservativen Mehrheit in Gefahr, weil sie einer vorgeblichen Staatsraison Vorrang vor den Rechten der Bürger einräumt. Nur ein Beispiel: die Sicherheitsgesetze.

Ein Wechsel der Mehrheit für eine neue Politik ist fällig. Deshalb rufen die Liberalen Demokraten auf, keine Wahlenthaltung zu üben.

Die Liberalen Demokraten werden an der Bundestagswahl 1987 - noch - nicht teilnehmen. Dennoch gilt es Ansätze zu liberalen Positionen zu stärken. Dazu genügt nicht ein nur momentaner Protest. Die Liberalen Demokraten rufen auf, die Sozialdemokraten und mit ihnen Johannes Rau zu wählen, weil

- die SPD erweiterte Rechte der Bürger, vor allem gegenüber Ämtern und Behörden sichern will: also mehr Akteneinsicht, mehr Zugang zu Informationen, mehr Öffentlichkeit als Geheimhaltung in der Verwaltung und weil
- Johannes Rau eher Frieden und Abrüstung gewährleistet als Helmut Kohl, der die „Null-Lösung“ ablehnt und unser Land in Ost und West dialogunfähig macht.

Am 25. Januar 1987 geht es darum, erstens vernunftlose Hörigkeit, machterhaltendes Oben-Unten-Schema und ausbeuterischen Eigennutz abzuwählen und zweitens die Chancen zur Erneuerung der Demokratie und zum Ausbau des sozialen Friedens zu verbessern. Ohne eine politische Kultur uneingeschränkter Bürgerrechte und offener Demokratie sterben Freiheit und Menschenwürde in der Gesellschaft ab.

Die Liberalen Demokraten stehen in der Tradition von „FREIHEIT, GLEICHHEIT, BRÜDERLICHKEIT“, also der französischen Revolution von 1789. Seit ihrer Gründung aus Anlaß der Bonner „Wende“ arbeiten sie an den liberalen Antworten, mit denen heute die Grundrechte, die Herrschaft des Volkes, der Rechtsstaat und die soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden können. Wir wollen unseren Aufbau fortsetzen und dabei Profil sowie Programm des sozialen Liberalismus ausbauen. Jede Stimme für die SPD hilft diesmal der liberalen Sache. (-/5.1.1987/rs/ks)

* * *